

Ein bemerkenswerter Schulterschluss

Biel Eine Unterhaltszulage für alle bei der Stadt angestellten Eltern: Diese Forderung ist im Bieler Stadtrat so breit abgestützt, wie das sonst selten der Fall ist. Die bürgerlichen Unterstützer wollen damit das eigene Prinzip der Kostenneutralität beim Personalreglement aufweichen.

Lino Schaeren

Das neue Personalreglement muss kostenneutral umgesetzt werden: Daran hatte die rechtsbürgerliche Mehrheit der Kommission Personalreglement und Lohnsystem des Bieler Stadtrats 2015 eisern festgehalten.

Und auch das damals noch bürgerlich dominierte Stadtparlament orientierte sich in der Folge bei der Revision des Reglements an diesem Leitsatz. Umso bemerkenswerter scheint es nun, dass auch bürgerliche Kräfte sich dafür einsetzen, eben dieses Prinzip der Kostenneutralität rückwirkend aufzuweichen; die Initiative dafür kam gar vom freisinnigen Peter Bohnenblust, der das Thema mit einer Interpellation zurück ins politische Rampenlicht brachte.

Und darum geht es konkret: Mit der Totalrevision des Bieler Personalreglements hat der Stadtrat 2015 neu eine Unterhaltszulage von 50 Franken pro Kind und Monat für alle städtischen Angestellten beschlossen, die Anspruch auf Familienzulage haben. Das Reglement trat Anfang 2017 in Kraft. Bohnenblust

kritisierte nun, dass die Unterhaltszulage nicht allen angestellten Eltern ausbezahlt wird: Es gibt unterschiedliche Rechtsauffassungen darüber, wer überhaupt Anspruch hat. Diese Unklarheit will die am Donnerstag eingereichte dringliche Motion nun aus der Welt schaffen – laut dem Gemeinderat würde eine entsprechende Anpassung des Reglements jährliche Folgekosten für die Stadt von rund 300 000 Franken mit sich bringen.

Kritik seit einem Jahr

Erstunterzeichner der dringlichen Motion sind Fritz Freuler (Grüne) und Bohnenblust. Mitunterzeichnet haben aber Vertreter aller Stadtratsfraktionen, von SP bis SVP. Und auch die fraktionslosen Parlamentarier von Passerelle und PdA unterstützen das Anliegen, das Personalreglement rückwirkend auf sein Inkrafttreten am 1. Januar 2017 anzupassen. «Es besteht ein Rechtsanspruch auf eine Unterhaltszulage pro Kind, dies als Erst- oder Zweitanspruch», steht in der Motion. Damit widerspricht sie dem Gemeinderat, der das Personal-

300 000

Franken

Von so hohen Mehrkosten geht der Gemeinderat aus, sollte die Unterhaltszulage künftig an alle bei der Stadt angestellten Eltern ausbezahlt werden und nicht wie heute nur an jene, die auch Familienzulage beziehen.

reglement so auslegt, dass nur eine Unterhaltszulage erhält, wer auch Erstantrag auf Familienzulage hat. Soll heissen: Wenn der Partner oder die Partnerin bei einem anderen Arbeitgeber die Familienzulage bezieht, gibt es die Unterhaltszulage bei der Stadt Biel nicht.

Diesen Umstand hat der Personalverband der Stadt bereits vor einem Jahr kritisiert und zuletzt mit dem Rechtsweg gedroht, sollte die Behörde nicht einlenken.

Der Verband stützt sich auf ein von ihm in Auftrag gegebenes Rechtsgutachten, das zum Schluss kommt, die Reglementsänderung der Stadt sei verfassungswidrig, da durch sie eine Ungleichheit unter den Stadtangestellten entstehe.

Nur kommt ein Gegengutachten der Stadt eben zu einem anderen Schluss. «Sie wissen es selber am besten: Zwei Juristen, drei Meinungen», sagte Stadtpräsident Erich Fehr (SP) am Donnerstag in Richtung des pensionierten Staatsanwalts Bohnenblust, dessen Tochter selber vom Unterhaltszulagen-Streit betroffen ist.

Doch wieso unterstützt plötzlich eine breite Allianz bis tief ins rechts-bürgerliche Lager ein Anliegen, das das stark verfochtene Prinzip der Kostenneutralität verletzt?

Das Problem liegt darin, dass offenbar 2015 niemand so recht verstanden hatte: Die Stadt wird mit dem neuen Artikel nicht allen Angestellten mit Kindern die Zulage auszahlen.

«Das wird nicht ganz einfach»

Diesbezüglich zeigte sich, obwohl er der Stadt gleichzeitig mit Klagen seiner Mitglieder drohte, auch schon der städtische Personalverband selbstkritisch. Auch wenn in die Erarbeitung des neuen Personalreglements mit einbezogen, habe man die schwammige Ausarbeitung des entsprechenden Artikels übersehen, konstatierte Co-Präsident Urs Stauffer im Januar.

Fritz Freuler gehörte als Vertreter der Ratslinken 2015 zwar der Kommissionsminderheit an, trotzdem entschuldigte er sich diese Woche im Parlament als Vertreter dieser: «Es tut mir leid, haben wir diesen Artikel nicht klar definiert.»

Das soll nun nachgeholt werden. Für Stadtpräsident Erich Fehr grundsätzlich kein Problem: «Politische Fragen löst man politisch, nicht rechtlich», sagte er bei seiner Stellungnahme zur Bohnenblust-Interpellation im Stadtrat, was nun mit dem neu eingereichten Vorstoss geschehe. Fehr warnte aber auch: «Die Umsetzung wird nicht ganz so einfach vom Aufwand her.» Dies, weil die Kinder jener bei der Stadt angestellten Eltern, deren Partnerin oder Partner die Familienzulage bei einem anderen Arbeitgeber beziehe, bei der Stadt Biel bisher nicht registriert seien. «Das führt zu einem nicht zu unterschätzenden administrativen Aufwand, da will ich transparent sein», so Fehr.

Ob das städtische Personalreglement tatsächlich erneut angepasst wird, wenn auch nur leicht, entscheidet der Stadtrat erst in drei Monaten. Hält der demonstrierte Schulterschluss, wird das Anliegen zum Selbstläufer. Wenn nicht, dann dürfte der Gemeinderat bis dahin in seiner offiziellen Vorstossantwort gute Argumente gegen das Anliegen vorgebracht haben.

Stadtratsnachlese

Die Autobahn: Der Röstigraben von Biel

Lino Schaeren
Stv. Ressortleiter
Region



Es ist ein wichtiges Politikum für die welschen Parteien in Biel: Der Bund hat es unterlassen, die Signalisation der A5-Ostumfahrung zweisprachig auszugestalten. «Biel» steht da auf neun Schildern, und nur «Biel». Obwohl die Stadt doch offiziell «Biel/Bienne» heisst. Auch genauere Ortsangaben wie «Bözingenfeld» oder «Mett» gibt es nur auf Deutsch.

Am Donnerstag hat sich das Stadtparlament wieder einmal mit diesem Umstand befasst, und die Äusserungen von Baudirektorin Barbara Schwickert zeigten einmal mehr, wie wenig der Bund den Status Biels als zweisprachige Stadt begriffen hat.

Um seinen Fauxpas bei der Beschilderung des Ostasts zu korrigieren, schlägt das Bundesamt für Strassen (Astra) doch allen Ernstes einen Röstigraben in Biel vor: der Westen den Romands, der Osten den Deutschschweizern.

«Ich verstehe die Diskussion um die zweisprachige Beschilderung nicht», sagte Jürg Röhliberger, Direktor des Astra, am 27. Oktober bei der feierlichen

Eröffnung der Ostumfahrung gegenüber dem BT. Inzwischen hat er sie begriffen. Könnte man meinen. Schliesslich haben sich Verkehrsministerin Doris Leuthard und Röhliberger Ende Januar mit einer Bieler Delegation getroffen, um das Thema zu besprechen. Und der Bund zeigte plötzlich vordergründig Verständnis, will zumindest jene neun Schilder, auf denen heute nur «Biel» steht, durch solche mit der Aufschrift «Biel/Bienne» ersetzen. Nur dafür zahlen will er nicht. Soll heissen: Passieren wird vorerst nichts. Was wiederum deutlich macht, dass die Einsicht wohl doch nicht so gross ist wie vorgegaukelt.

Dass man beim Astra die Problematik mit der einsprachigen

Beschilderung bis heute in Tat und Wahrheit nicht erkannt hat, beweist der Lösungsvorschlag des Bundes, die Kontroverse zu beenden: «Uns wurde der Vorschlag unterbreitet, den Ostast weiterhin Deutsch, den Westast dafür dann Französisch anzuschreiben», sagte Schwickert diese Woche im Stadtrat. Die Idee ist nicht ganz neu, sie wurde bereits im Februar einmal kommuniziert. Bei ihrer Stellungnahme im Parlament zeigte Schwickert nun mit amüsiertem Unterton überdeutlich, was die Stadt von diesem Vorschlag hält: gar nichts.

Bemerkenswert ist, dass man bei der Stadt Biel dieses mangelnde Feingefühl für ein zweisprachiges Zusammenleben of-

fenbar geahnt hat, hatte der Gemeinderat doch bereits in seiner Stellungnahme zum aktuellen Ausführungsprojekt Westast auf die Wichtigkeit der zweisprachigen Signalisation aufmerksam gemacht.

Und die Stadt beharrt, auch was den Ostast betrifft, weiter auf ihrer Position: Sie fordert einen Austausch der Schilder. Und sie wird dafür nicht bezahlen. «Wir treffen derzeit Abklärungen, loten unsere weiteren Möglichkeiten aus», sagte Schwickert. Auch bei der Stadt glaubt man also nicht an die angebliche Läuterung beim Astra und eine damit einhergehende rasche Anpassung der Verkehrs-schilder. Es ist nur richtig, dass der Gemeinderat das Spiel des

Bundes, irgendwie den Kopf aus der Schlinge ziehen zu wollen, ohne eine komplette Kehrtwende vollführen zu müssen, nicht mitmacht. Die Stadt stellt sich schützend vor die wachsende sprachliche Minderheit – immerhin trägt der Anteil der Französischsprachigen in Biel inzwischen 42 Prozent. All das, obwohl es doch «nur» um Autobahnschilder geht. Doch diese fehlerhafte Signalisation steht der Qualität der Zweisprachigkeit, die das Leben in Biel mitunter ausmacht, nun mal diametral gegenüber. Eine Qualität, die man beim Bund offensichtlich noch nicht in all ihren Facetten erkannt hat.

E-Mail: lschaeren@bielertagblatt.ch

Reklame

FDP
Die Liberalen

Sandra Hess, Madeleine Deckert + Peter Moser

Mit Weitsicht für unsere Region Grossratswahlen am **25. März 2018**

www.moserundpolitik.ch **Liste 15**

Neuer Chefarzt gewählt

Biel Die Orthopädische Klinik am Bieler Spitalzentrum erhält eine neue Leitung. Auf Lorenz Büchler folgt Daniel de Menezes.

Der bisherige Chefarzt Orthopädie am Spitalzentrum Biel (SZB), Lorenz Büchler, verlässt das SZB Ende April, wie das Spitalzentrum mitteilt. Der Facharzt für orthopädische Chirurgie und Traumatologie des Bewegungsapparats habe sich während der letzten vier Jahre um die Patienten der Region sehr verdient gemacht, so das SZB weiter. Neben seiner chirurgischen Tätigkeit ist Lorenz Büchler auch in Lehre und Forschung aktiv gewesen. «Unter seiner Führung hat sich die Orthopädische Klinik zu einer sehr anerkannten Weiter-

bildungsstätte für Fachärzte entwickelt.»

Nationalmannschaft betreut

Zum neuen Chefarzt Orthopädie wurde Daniel de Menezes gewählt, Leitender Arzt Orthopädie, der seit 2006 im SZB tätig ist. Er übernimmt die Leitung der Orthopädischen Klinik per sofort. Der Facharzt für orthopädische Chirurgie und Traumatologie des Bewegungsapparats ist auf Knie- und Hüftchirurgie spezialisiert. Neben seiner Tätigkeit am SZB war de Menezes zwischen 2010 und 2016 als Chief Medical Team Snowboard bei Swiss Ski tätig und als solcher für die medizinische Betreuung an Wettkämpfen der schweizerischen Nationalmannschaft zuständig.

Aktuell wird zudem unter der Leitung der Fachärztin Charlotte

Handschin das orthopädische Fuss-Team neu aufgestellt, in enger Zusammenarbeit mit dem Fusspezialisten Manfred Stucki, der als Belegarzt ab sofort erneut im SZB tätig ist. mt

Reklame

FDP **15.03.2**
Bohnenblust Peter

Lösungen dank Erfahrung und Engagement.

Am 25. März in den Grossen Rat **Berner Kantone Bernaises**

www.waehlt-kmu.ch Landsteil Bienne-Seeland